### Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzeptes Bergkamen Mitte nimmt Fahrt auf



Das Umfeld des Hallenbads ist ein Schwerpunkt des Integrierten Handlungskonzeptes für die Mitte Bergkamens .

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den örtlichen Akteuren soll ein Konzept für die Mitte der Stadt Bergkamen erarbeitet werden. Die ersten Beteiligungsschritte sind vorbereitet.

Ende Dezember hat der Rat der Stadt den Startschuss für die Erarbeitung eines Integrierten Handlungskonzeptes für die Mitte Bergkamens gegeben. Mit diesem etwas sperrigen Begriff ist ein strategisches Steuerungsinstrument zur Entwicklung der Stadtmitte gemeint. Dabei wird ein integrierter Ansatz verfolgt. Es werden nicht nur bauliche Themen, Verkehr und Grün angesprochen, sondern auch soziale Fragestellungen, Integration, Sport und Kultur. Räumliche Handlungsschwerpunkte sollen das Rathausviertel, das Umfeld des Hallenbades, die Fußgängerzone und der Bereich rund um das denkmalgeschützte Schachtgerüst Grimberg 1/2 sein.

Zur Erarbeitung und Moderation des Prozesses wurde das Fachplanungsbüro "Stadtbüro" aus Dortmund beauftragt. Seit Januar bereitet dieses Büro in Zusammenarbeit mit dem Dezernat für Bauen und Stadtentwicklung die Konzepterarbeitung konkret vor. Erste fachliche Abstimmungen haben in der Zwischenzeit stattgefunden.

Zudem wurde der Fahrplan für die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie der lokalen Akteure erstellt. Denn sie sollen die Hauptrolle spielen. "Welche Ansprüche haben sie an die Mitte Bergkamens? Was wünschen sie sich von Verwaltung, Politik, Immobilienbesitzern, Geschäftsleuten u.a.? Wie können und wollen sie sich einbringen? Diese Fragen wollen wir mit allen interessierten Bürgern und Bürgerinnen erörtern", sagt der Erste Beigeordnete Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters. "Die Menschen sind unser größtes Kapital. Ihre Meinung und ihr Engagement sollen Grundlage für das Integrierte Handlungskonzept sein."

Noch vor Ostern wird er daher alle Interessierten zu einer öffentlichen Auftaktveranstaltung einladen. Bis zum Sommer gibt es darüber hinaus Akteursgespräche und Infostände. Hier besteht die Gelegenheit, Ideen und Wünsche zur Zukunft der Mitte Bergkamens zu äußern. Auch im Internet wird eine Beteiligung ermöglicht, die dann auch abseits von Veranstaltungsterminen zur Platzierung von Hinweisen zur Zukunft der Bergkamener Mitte nutzbar ist. Ziel ist es, allen Interessierten die Gelegenheit zu bieten, an der Konzepterarbeitung aktiv mitwirken zu können.

"Mich freut, dass das Interesse an der Mitte Bergkamens auch

in den Ortsteilen groß ist. Die Ortsvorsteher Bergkamen-Mitte, Heil, Overberge und Rünthe haben das Thema bereits auf die Tagesordnung ihrer jährlich stattfinden Vereinstreffen gesetzt", so der Erste Beigeordne-te. Die Sachgebietsleiterin Planung bei der Stadtverwaltung Christiane Reumke wird dort Inhalte, Prozess und Zeitplan vorstellen.

Ziel ist es, das Konzept bis zum Frühjahr 2020 fertig zu stellen.

# Bündnis 90 / Die Grünen und die BI L 821n Nein laden wieder zum Sonntagsspaziergang gegen L821n ein

Der Ortsverband Bündnis 90 / Die Grünen in Bergkamen und die Bürgerinitiative L 821n Nein laden erneut am Sonntag, den 17. Februar 2019 ab 15.00 Uhr zum Protestmarsch gegen den Bau der L 821n ein. Treffpunkt ist die Brücke über den Kuhbach am Pantenweg neben der Realschule in Bergkamen-Oberaden.

Bei dieser Veranstaltung wird der geplante Trassenverlauf der L821n abgelaufen. An einigen Punkten werden Stopps eingelegt und Einzelheiten der Baumaßnahme besprochen. Fragen aus der Bürgerschaft werden selbstverständlich beantwortet und sind auch erwünscht. Hiermit soll ein Zeichen gesetzt werden gegen den überflüssigen und extrem klimaschädlichen Bau dieser Straße. Der Protestmarsch führt über die Kuhbachtrasse, vorbei am Parkfriedhof und durch die Felder. Dieser Spazierweg wird

mit dem Bau der Straße versperrt.

Eingeladen und aufgerufen zur Teilnahme sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, egal welchen Alters, die mit ihrer Teilnahme ein Zeichen gegen den Bau der L821n setzen wollen. Ebenso sind alle Schülerinnen und Schüler eingeladen, im Sinne ihrer Zukunft vielleicht mal nicht freitags sondern sonntags ein Zeichen zu setzen.

Auch Hundehalter sind herzlich willkommen, die bisher sehr zahlreich diese Wege nutzen.

An diesem Sonntag wird speziell die Problematik der Entwässerung und der Hochwasserthematik bei Starkregen angesprochen.

Für das leibliche Wohl sorgt die BI L 821n Nein. So werden Grillwürstchen und kalte und heiße Getränke kostenlos angeboten.

Am vergangenen Sonntag bei äußerst schlechtem Wetter, konnte der Vorsitzende der Bergkamener Grünen, Rolf Humbach, rund 200 Teilnehmer begrüßen und er hofft, dass nach den wöchentlichen Steigerungen der Teilnehmerzahl nun wieder mehr Bürgerinnen und Bürger ein Zeichen für den Klimaschutz und gegen Straßenbau und Überschwemmungen im Ortsteil Oberaden setzen.

# Peters sieht weiterhin Chancen für eine nachhaltige Verkehrsberuhigung auf Schul-

#### und Kampstraße

Eine Entlastung der Schulstraße und Kampstraße in Weddinghofen scheint immer noch möglich zu sein. Davon geht jedenfalls der 1. Beigeordnete der Stadt Bergkamen Dr. Hans-Joachim Peters, nachdem er vor wenigen Tagen ein Gespräch mit der Spitze von Straßen.NRW geführt hatte.

Dort habe er eine Kooperationsbereitschaft in dieser Frage erfahren, erklärte Peters gegenüber dem Bergkamen-Infoblog. Damit der Schwerlastverkehr wirksam aus der Schul- und Kampstraße durch entsprechende Maßnahmen wie Durchfahrtsverbote und Geschwindigkeitsbegrenzungen rausgedrängt wird, müsste die bisherige L664 in der Ortsdurchfahrt Weddinghofen und Bergkamen-Mitte herabgestuft werden. Hierfür sieht der 1. Beigeordnete nach dem Treffen mit Straßen.NRW weiterhin gute Chancen.

Von diesem Gesprächsstand hatte vermutlich ein Mitarbeiter von Straßen.NRW noch nichts gewusst, als er wenig später ein Schreiben zu diesem Thema vom Vorsitzenden der Bürgerinitiative gegen den Bau der L821n Andreas Worch beantwortete. In diesem Schreiben wiederholt der Mitarbeiter von Straßen.NRW die alten bekannten Positionen der Behörde. Eine Herabstufung der L 664 in Bergkamen sei nicht möglich. Deshalb könne es auch keine Durchfahrverbote für den Schwerlastverkehr geben.

#### SPD: GSW sollen das neue

# Kombibad bauen - Wellenbad geht 2019 wohl doch noch einmal in eine Freiluftsaison



Sportbecken des Wellenbads in Weddinghofen.

Das Wellenbad in Weddinghofen wird aller Wahrscheinlichkeit nach noch ein Mal in eine Freibad-Saison gehen, weil die Entscheidungsprozesse und Planungen für das neue Kombibad noch in den Anfängen stecken. Der Bergkamener Stadtrat beschäftigt sich in seiner Sitzung am 21. Februar mit nur einer Frage: Wer wird das neue Kombibad am Häupenweg bauen?

Eine gewisse Vorentscheidung dazu ist jetzt in der SPD-Fraktion gefallen. Sie wird, wie Fraktionschef Bernd Schäfer erklärte, den Verwaltungsvorschlag unterstützen, nach dem die GSW das neue Bad bauen sollen. Ein privater Investor käme der Stadt wesentlich teurer, sagte Fraktionsvorsitzender Bernd Schäfer.

Erst danach werde entschieden, welche Komponenten das Bad

erhalten soll. Hier spielen inzwischen neben den sportlichen Bedürfnisse der TuRa Wasserfreunde und der DLRG auch die Erfordernisse des Reha- und Behindertensports sowie inzwischen auch des Babyschwimmens eine wichtige Rolle, nachdem der Kreis Unna nur noch 50 Nutzer pro Tag in sein Hallenbad in Heil lassen möchte.

Nun sollen diese Vereine zu einer Art Werkstattgespräch eingeladen werden, das von einem externen Experten moderiert wird, der auch die Kosten im Blick hat. Möglicherweise werden nicht alle Wünsche der Vereine in Erfüllung gehen, mutmaßt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Volker Weirich. Die Anforderungen, die die Bürgerinnen und Bürger außerhalb von Vereinen an das Bad stellen, müssten natürlich ebenso berücksichtigt werden wie der Schulsport.

Offen ist auch noch, wer das Kombibad betreiben wird. Bleibt es bei den GSW oder wird eine externe Betreiberfirma ins Boot geholt?

Mindestens ebenso schwierig ist die Frage des Konsortialvertrag. Bisher werden die Kosten der GSW-Freizeitanlagen in Bergkamen, Kamen und Bönen in einen Topf geworfen und im Verhältnis von 42 % Bergkamen, 42 Prozent Kamen und 16 Prozent Bönen geteilt. Hier spielt unter anderem der Verdacht eine Rolle, dass Bergkamen über diesen Verteilschlüssel das Sauna-Bad in Bönen mitfinanziert.

Die Bergkamener Politik und Verwaltung möchten nun erreichen, dass jede Kommune nur für sein eigenes Bad bzw. Bäder bezahlt. Darüber haben die Verhandlungen mit den anderen GSW-Partnern noch nicht begonnen.

Bis all diese und auch anderen Fragen geklärt sind, wird noch reichlich Zeit ins Land gehen. Dass das Wellenbad noch eine Saison 2020 erleben wird, glauben Schäfer und Weirich allerdings nicht.

SPD-Antrag: Platz an der Schulstraße / Ecke Goekenheide soll nach dem ehemaligen Weddinghofer Bürgermeister Ernst Flühs benannt werden



Weddinghofens ehemaliger Bürgermeister Ernst Flühs.

Die SPD-Fraktion hat am vergangenen Freitag beigefügten Antrag bei Bürgermeister Roland Schäfer eingereicht. Mit dem Antrag wird die Benennung des bislang namenlosen Platzes an der Ecke Schulstraße / Goekenheide in Weddinghofen in "Ernst-Flühs-Platz" vorgeschlagen.

Zur Begründung schreibt die SPD-Fraktion:

"Die grüne Freifläche ganz in der Nähe des Martin Luther Hauses an der Ecke Schulstraße / Goekenheide erfreut sich bei den Bürgerinnen und Bürgern Weddinghofens großer Beliebtheit. Der SPD-Ortsverein Weddinghofen-Heil hat im vergangenen Jahr die Weddinghofer Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, Namensvorschläge für diesen bislang namenlosen Platz zu machen. Mehrheitlich wurde von den Bürgerinnen und Bürgern Weddinghofens der erste Bürgermeister des Ortsteils nach dem 2. Weltkrieg Ernst Flühs mit dem Platz in Verbindung gebracht.

Flühs wurde 28.5.1945 von der damaligen Ernst am Militärregierung zum Bürgermeister benannt. Bis zum Jahr 1961 amtierte er als Bürgermeister der Gemeinde Weddinghofen. Bei den Menschen in der Gemeinde war er bis zu seinem frühen Tod äußerst beliebt. Ernst Flühs hat sich durch sein Wirken als Bürgermeister beim Aufbau für den heutigen Ortsteil Weddinghofen verdient gemacht. Wesentlich trug er dazu bei, dass das damalige Wirtschaftswunder auch in Weddinghofen zu spüren war. Infrastrukturprojekte, wie zum Beispiel der Bau Pfalzschule, Albert-Schweitzer Schule, Sportplatz, Straßenbeleuchtung sowie Errichtung von Heidesiedlung und "An der Landwehr", fielen in seine Amtszeit. Während seiner Amtszeit stieg die Zahl der Einwohner Weddinghofens von 1935 auf 6453 Einwohner an.

Bislang gibt es im Stadtgebiet keinen öffentlichen Ort, der an den ersten Bürgermeister Weddinghofens und sein erfolgreiches Wirken vor Ort erinnert. Der vorgeschlagene namenlose Platz eignet sich in besonderer Weise vor dem Hintergrund, dass Ernst Flühs persönlich die Einweihungs- und Eröffnungsrede am Ehrenmal an seinem heutigen Standort gehalten hat. Er richtete seine Worte dabei an die damalige Jugend und wies unter anderem auf die schlimmen Ereignisse zweier Weltkriege und die Sinnlosigkeit von Krieg und Gewalt hin. (Die Rede befindet sich im Original im Besitz der Schwiegertochter Christel Flühs, Weddinghofen).

Der Ortsteil Weddinghofen hat Ernst Flühs viel zu verdanken. Vor diesem Hintergrund halten wir die Widmung des Platzes an der Ecke Schulstraße / Goekenheide in "Ernst-Flühs-Platz" für ein besonderes Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung einer herausragenden Person in unserer Stadtgeschichte. Gleichzeitig regen wir an, den Platz mit einem entsprechenden Hinweisschild zu versehen."

## Aktionskreis lehnt die Ausweisung eines Gewerbegebiets im Rünther Süden ab



Die rote Linie zeigt die Grenze des möglichen neuen Gewerbegebiets südlich von Rünthe Süd.

Für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am Dienstag hat die Verwaltung die Drucksache Nr. 11/1461 vorgelegt, in der sie die Neuausweisung einer gewerblichen Baufläche im Bereich Rünthe-Süd/Overberge mit dem Landesentwicklungsplan (LEP) Ziel 6.3-3 begründet.

"In diesem Fall erwarten wir von Seiten der Verwaltung einen Abwägungsprozess, weil die in Rede stehende Fläche in einem regionalen Grünzug liegt, dem im Regionalplan ein besonderer Schutz zukommt. Wichtige weitere Aspekt sind die Begrenzung der Versiegelung von Freiflächen und die Beachtung klimapolitischer Belange (Klimawandel). Die "Vermeidung einer bandwurmartigen Erweiterung eines Siedlungsgebietes" wird ebenfalls als wichtiges Kriterium betrachtet. Letzteres wäre dann der Fall", heißt es in einer Erklärung des Aktionskreises Leben und Wohnen Bergkamen, der sich gegen die Ausweisung dieser noch landwirtschaftlich genutzten Fläche ehrt

Die Verwaltungsvorlage verweise zusätzlich auf die vorgenommene Abstimmung mit der Regionalplanungsbehörde (RVR), die ergeben habe, dass dieser Standort aus regionalplanerischer Sicht als geeignet anzusehen sei. "In Anbetracht der im Regionalplan genannten Kriterien erscheint uns eine Zustimmung des RVR zum Vorhaben der Bergkamener Stadtverwaltung eher unwahrscheinlich", so der Aktionskreis.

#### Fäll- und Schnittverbot: Wann

### Axt und Astschere im Schuppen bleiben müssen

Wer das Frühjahr für Gehölzschnitt nutzen möchte, hat nur noch bis Ende Februar Zeit. Denn ab dem 1. März gilt bis zum 30. September bundesweit das Fäll- und Schnittverbot. Axt und Astschere müssen also im Schuppen bleiben.

Grundlage ist das Bundesnaturschutzgesetz. "Damit werden vor allem brütende Vögel und andere Tiere, die in Bäumen und Gehölzen Unterschlupf finden, geschützt", sagt Sebastian Heide-Napierski von der Unteren Naturschutzbehörde. "Das Verbot gilt für Bäume außerhalb des Waldes. Außerdem sind radikale Schnitte an Hecken und Sträuchern verboten — auch im eigenen Garten."

#### Ausnahmen und Ergänzungen

Nicht unter das Verbot fallen hingegen Bäume im Gartenbau, in Haus- und Kleingärten, Grünanlagen, auf Sportplätzen, Friedhöfen und in ähnlichen Bereichen. Sie dürfen, wenn keine Vögel darin nisten oder besonders geschützte Arten wie beispielsweise Fledermäuse vorhandene Baumhöhlen nutzen, entfernt oder zurückgeschnitten werden.

Um die Fortpflanzungs- und Ruhestätten von besonders geschützten Arten zu erhalten, kann zudem beim Fällen alter Bäume außerhalb der Schonzeit eine vorherige Artenschutzprüfung notwendig sein. Dadurch soll vermieden werden, dass das Zuhause seltener Tiere zerstört wird. Generell gilt: Wer einen Baum fällen oder Gehölz entfernen möchte, sollte sich vorher genau informieren, ob das erlaubt ist. PK | PKU

## Kreis Unna zeigt im Demokratiejahr 2019 Flagge: Gegen Rassismus und Radikalität



Vor dem Kreishaus und Haus Opherdicke wehen Fahnen: "Stark, sozial, fair, offen und bunt" soll der Kreis sein. Foto: Max Rolke – Kreis Unna

Das Eintreten für Demokratie ist kein Selbstläufer. Gerade in Zeiten, in denen rechtspopulistische Partien in ganz Europa auf dem Vormarsch sind, braucht Demokratie heute und in Zukunft engagierte Verteidiger. Deshalb erinnert der Kreis Unna mit einem Aktionsjahr an die Meilensteine der Demokratie und ruft dazu auf mitzumachen.

Organisiert wird das Aktionsjahr vom Kommunalen Integrationszentrum Kreis Unna (KI). Gesammelt werden alle Infos zentral auf dem Onlineportal

www.kreis-unna.de/demokratiejahr. Besonders zum Mitmachen und Mitgestalten eingeladen sind Schulen, Vereine, Institutionen und Kommunen.

#### Terminkalender mit Aktionen

In dem Portal können Interessierte Veranstaltungen über ein einfaches Formblatt anmelden. Thematisch drehen sollen sich die Veranstaltungen um die Förderung der Demokratie und das Engagement gegen Extremismus, Radikalismus und Rassismus.

Viele sind diesem Aufruf auch schon gefolgt und haben Termine eingetragen. So eröffnet zum Beispiel das Kinder- und Jugendbüro der Kreisstadt Unna am 11. März eine Ausstellung in der Bürgerhalle des Unnaer Rathauses zum Thema "Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen". Auch die VHS lädt zu einem Vortrag ein. Das Thema: mit Rechten reden. Im Zentrum für Information und Bildung gibt es am 25. März Tipps für Diskussionen von Dr. phil. Daniel-Pascal Zorn.

Das und noch viel mehr ist im Kalender auf der Internetseite zu finden. Für Beratung und weitere Informationen steht Sevgi Kahraman-Brust vom Kommunalen Integrationszentrum (KI) Kreis Unna zu Verfügung: Tel. 0 23 07 / 9 24 88 74, E-Mail: sevgi.kahraman-brust@kreis-unna.de. PK | PKU

## Bündnis 90 / Die Grünen und die BI L 821n Nein laden zum Sonntagsspaziergang gegen L

#### 821n ein

Der Ortsverband Bündnis 90 / Die Grünen in Bergkamen und die Bürgerinitiative L 821n Nein laden am Sonntag, den 10. Februar 2019 ab 15.00 Uhr wieder zum Sonntagsspaziergang als Demonstration gegen den Bau der L 821n ein. Treffpunkt ist die Brücke über den Kuhbach am Pantenweg neben der Realschule in Bergkamen-Oberaden.

Bei dieser Veranstaltung wird der geplante Trassenverlauf der L821n abgelaufen. An einigen Punkten werden Stopps eingelegt und Einzelheiten der Baumaßnahme besprochen. Fragen aus der Bürgerschaft werden selbstverständlich beantwortet und sind auch erwünscht. "Hiermit soll ein Zeichen gesetzt werden gegen den überflüssigen und extrem klimaschädlichen Bau dieser Straße", erklären die Organisatoren. Der Protestmarsch führt über die Kuhbachtrasse, vorbei am Parkfriedhof und durch die Felder. Dieser Spazierweg wird mit dem Bau der Straße versperrt.

Eingeladen und aufgerufen zur Teilnahme sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, egal welchen Alters, die mit ihrer Teilnahme ein Zeichen gegen den Bau der L821n setzen wollen. Ebenso sind alle Schülerinnen und Schüler eingeladen, im Sinne ihrer Zukunft vielleicht mal nicht freitags sondern sonntags ein Zeichen zu setzen.

Auch Hundehalter sind herzlich willkommen, die bisher sehr zahlreich diese Wege nutzen.

Der Vorsitzende der Bergkamener Grünen, Rolf Humbach, konnte zu dieser Demonstration den heimischen Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorff ( agragpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen ) gewinnen, der sich auch zu dem geplanten Bau der L 821n äußern wird.

Bei einem der Haltepunkte werden wärmende Heissgetränke kostenlos ausgeschenkt. Die Versorgung wird von der BI L 821n

# Bürgermeister und Landrat schreiben Brief an Ministerpräsident: Region nach Kohleausstieg gestalten



Die Bergkamener Halde wird bleiben und das Kraftwerk Heil mit dem Kohleausstieg verschwinden.

Sie sind eine "kommunale Familie" und halten bei

Herausforderungen zusammen. Deshalb haben Landrat Michael Makiolla und die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden einen gemeinsamen Brief an Ministerpräsident Armin Laschet geschickt. Ihr Thema: der Kohlausstieg. Ihre Sorge: Bei der Verteilung von Finanzhilfen vergessen zu werden. Ihre Hoffnung: ein Kraftwerks-Dialog vor Ort.

Im Kreisgebiet gibt es Steinkohlekraftwerke in Bergkamen (1), Lünen (2), und Werne (1). Die heimischen Verwaltungsspitzen begrüßen in dem Schreiben die Empfehlungen der Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung". Diese sogenannte "Kohlekommission" hatte sich am letzten Januarwochenende auf den Kohleausstieg spätestens bis 2038 verständigt und schlug 40 Milliarden Euro an Hilfen für die Kohleregionen in Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg vor.

#### Steinkohlewirtschaft wirtschaftlich wichtig

Landrat und Bürgermeister wissen, dass die Braunkohlereviere "die unbestritten schwierigsten Lasten zu tragen haben". Sie machen aber auch klar, dass im Kreis über alles gerechnet rund 1.000 Menschen für die Steinkohlekraftwerke arbeiten und argumentieren: "Die Steinkohlewirtschaft ist daher von erheblicher Relevanz für die ökonomische Wertschöpfung und für den Arbeitsmarkt."

Die Verwaltungschefs unterstreichen, dass sie dem Regionalverband Ruhr (RVR) bereits Standorte als Kooperationsflächen für den neuen Regionalplan Ruhr gemeldet haben und bitten die Landesregierung gleichzeitig um Hilfe, denn: "Die Beseitigung stillgelegter Kraftwerke und eine Umwandlung der Flächen – dort, wo es möglich ist – zu Gewerbeoder Industriegebieten erfordert aber finanzielle Ressourcen, die die Kraft der Kommunen im Kreis Unna deutlich übersteigt."

#### Teil der Beihilfen für Kreis gefordert

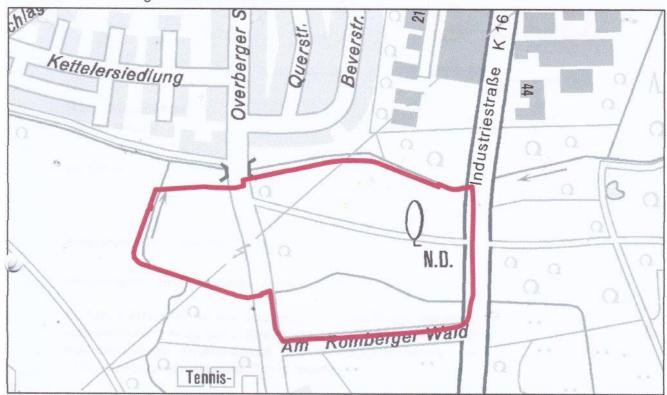
Mit Blick auf die allein in der laufenden Legislaturperiode für strukturpolitische Maßnahmen in Aussicht gestellten 1,5 Milliarden Euro appellieren die Verwaltungschefs an Armin Laschet "als unseren Ministerpräsidenten, sich politisch dafür einzusetzen, dass auch der Kreis Unna als betroffene Steinkohleregion einen angemessenen Anteil von diesen Beihilfen erhält".

Landrat und Bürgermeister nehmen weiterhin Bezug auf die von der Landesregierung geplante Ruhrkonferenz. Sie äußern ihre Befürchtung, dass sich der Blick aus Düsseldorf nur auf die Großstädte zwischen Duisburg und Dortmund fokussiert und erinnern einmal mehr daran, dass auch der kreisangehörige Raum zum Ruhrgebiet gehört. Das Schreiben schließt mit der Einladung an den Ministerpräsidenten, bei einem Besuch im Kreis einen "Kraftwerks-Dialog" über die angesprochenen Fragen zu führen. PK | PKU

# Unterschriftenaktion gegen die Ausweisung eines weiteren Gewerbegebiets südlich von Rünthe gestartet

#### Potenzialstandorte für eine gewerbliche Entwicklung

Standort 1: Overberge / Rünthe-Süd



Die rote Linie zeigt die Grenze des möglichen neuen Gewerbegebiets südlich von Rünthe Süd.

In Rünthe formiert sich Widerstand gegen ein mögliches weiteres etwa 11 Hektar großes Gewerbegebiet, das zwischen Rünthe Süd und der Straße "Am Romberger Wald" platziert werden soll. Gegen solche eine Planung hat jetzt der "Aktionskreis Wohnen und Leben Bergkamen" eine Unterschriftenliste gestartet.

Ursprünglich hatte die Verwaltung gegenüber dem RVR zwei mögliche Standorte für ein zusätzliches Gewerbegebiet in die Diskussion gebracht. Das zweite Gewerbegebiet südlich der Lünener Straße und nördlich der A2 in Weddinghofen hat aber inzwischen bei der oberen Planungsbehörde für das Ruhrgebiet keine Zustimmung erhalten.

Voraussetzung für die Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen ist für den RVR, dass sich das Gewerbegebiet an einen Siedlungsbereich oder an ein vorhandenes Gewerbegebiet anschließt. In den Augen des RVR wäre ein Gewerbegebiet zu

isoliert, die Entfernung zu Siedlungen oder zum Logistikpark zu groß.

Genau diese Bedingungen, die unmittelbare Nähe zu einem Siedlungsbereich und zu einem Gewerbegebiet würden aber für das von der Verwaltung ins Auge gefasste Areal in Rünthe passen. Einziger Hinderungsgrund wäre: Im Entwurf für den neuen Regionalplan gehört dieser Bereich zu einem großen Grünzug in Rünthe und Overberge. Deshalb schlägt die Veraltung dem RVR vor, diesen Grünzug entsprechend zu verkleinern.

Dagegen wehrt sich nun der Aktionskreis. Mit ihrer Unterschrift sollen Bürgerinnen und Bürger zwei Forderungen unterstützen:

- "1. Ich bin für die Beibehaltung der Regionalplanung des RVR (Regionalverband Ruhr), den Bereich südlich der Bever als regionalen Grünzug bestehen zu lassen.
- 2. Eine weitere Zersiedlung der Landschaft in diesem Bereich und die damit verbundene Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen lehne ich ab."

Dies alles und mehr wird in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am Dienstag, 12. Februar, ab 17 Uhr unter dem Tagesordnungspunkt "Aufstellung des Regionalplan Ruhr – Stellungnahme der Stadt Bergkamen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens" diskutiert.